

D. Dringlichkeitsanträge

D.3. Solidarisierung mit den feministischen Protesten im Iran

Einreicher*innen: Anja Eichhorn, Adelheid Noack, Susanne Scheidereiter, Cornelia Ernst

Unterstützer*innen: Max Schöpe, Dirk Apitz, Landesvorstand

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Der Landesverband DIE LINKE. Sachsen solidarisiert sich mit den feministischen Protesten im Iran.

Begründung:

Der Tod der 22 Jahre alten iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini war Auslöser für die bis heute andauernden systemkritischen Massenproteste im Iran. Die Sittenpolizei hatte sie festgenommen, weil sie gegen die islamischen Kleidungs Vorschriften verstoßen haben soll. Die Frau starb am 16. September an den Folgen der Misshandlungen in Polizeigewahrsam in einem Krankenhaus. Seit ihrem Tod demonstrieren landesweit Tausende gegen den repressiven Kurs der Regierung sowie das islamische Herrschaftssystem.

Der Protest der Menschen im Iran gegen die massive Unterdrückung vor allem gegen Frauen*, gegen Korruption, Gewalt und eine Regierung, die unfähig ist, für die grundlegendsten Bedürfnisse der immer ärmer werdenden Bevölkerung zu sorgen und stattdessen Menschenrechte mit Füßen tritt, ist mutig und viele riskieren dabei ihr Leben.

Das iranische Regime reagiert auf die Demonstrierenden mit brutaler Gewalt. Seit dem Beginn der Proteste sind mehr als 10.000 Menschen verhaftet worden, mindesten 240 Menschen, darunter auch Kinder, wurden getötet. Die Gewalt muss endlich ein Ende haben!

Der Tod Jina Mahsa Aminis und vieler weiterer zu Unrecht getöteter Demonstrant*innen muss aufgeklärt werden. Die Bundesregierung darf keine Abschiebungen mehr in den Iran durchführen und alle Iraner*innen, die in Deutschland Schutz suchen, müssen unbürokratisch und schnell hier aufgenommen werden.

Die Zivilgesellschaft im Iran braucht unsere volle Unterstützung: Frauen*rechtsaktivist*innen, Oppositionelle der Umweltbewegung, Blogger*innen, Journalist*innen, Gewerkschaften, LGBTIQ, Verfolgte ethnischer und religiöser Minderheiten. Viele von ihnen sind im Gefängnis. Wir solidarisieren uns mit allen, die sich gegen die Zwangsverschleierung, Femizide und die Diktatur auflehnen – Für Demokratie und einen Neuanfang im Iran. Es geht um nicht mehr oder weniger als den Kampf für Frauen* - und Menschenrechte. Unsere Solidarität gilt den Protesten im Iran, - sie gilt all jenen, die sich für Demokratie, Frieden und Humanität stark machen und das überall. Deshalb erinnern wir im Zuge dessen auch an die feministischen Kämpfe in Chile, Afghanistan oder die Proteste in Belarus. Denn gerade hier sind es Frauen*, die an vorderster Stelle und unter großen Gefahren für Veränderung streiten. Wir als LINKE stehen hinter diesen Frauen*. Menschenrechte, die Rechte von Frauen* und LSBTI* sind nicht verhandelbar.

Begründung der Dringlichkeit:

Am 26.10. war die offizielle Trauerzeit für die iranische Kurdin Mahsa Amini vorbei. An diesem Tag gingen wieder Menschenmassen im Iran auf die Straßen. Die Demonstrationen wurden mit Gewalt und Repression vom iranischen Regime beantwortet. Zudem setzte am 26.10. der Iran mehrere europäische Politiker*innen und Einrichtungen auf eine Sanktionsliste, darunter auch die persischsprachige Abteilung der Deutschen Welle. Betroffen sind zudem Abgeordnete des Europäischen Parlaments sowie zwei deutsche Unternehmen.

Der Iran wirft den Einrichtungen und Personen „Unterstützung von Terrorismus“ vor. Die Sanktionen umfassen Einreisesperren und das Einfrieren von Vermögen. Die EU hatte zuvor Sanktionen gegen iranische Sicherheitsbehörden verhängt und reagierte damit auf die gewaltsame Unterdrückung von Protesten im Land.

Nicht nur im Iran gehen Frauen*, trotz schwerer Repressionen auf die Straße, oder schneiden sich aus Solidarität die Haare ab und verbrennen ihre Kopftücher. In aller Welt gibt es solidarische Unterstützungsaktionen, so z.B. bei der Verleihung des deutschen Buchpreises an Kim de l'Horizon: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/kim-de-l-horizon-deutscher-buchpreis-blutbuch-rasiert-sich-haare-iran-1.5676851?reduced=true>.

Die Solidarität und Unterstützung von offizieller Seite ist kaum wahrnehmbar. DIE LINKE muss auch von ihrem Landesparteitag ein klares Zeichen senden.

Entscheidung des Landesparteitages: